



Ländliche Gebiete werden geschwächt

Umsetzung der Werkrealschule bereitet Bauchschmerzen

Kreis Waldshut. Die Freien Wähler (FW) im Kreis Waldshut sehen mit der Einführung der neuen Werkrealschule (WRS) im Kreis Gefahren für den ländlichen Raum, die nicht zuletzt daher rühren, dass sich Land und Kultusministerium mit Informationen stark zurückhalten. Auch die Vorgaben für die Bildung solcher Schulen sind, so der FW-Kreisvorsitzende, Dr. Anton Steppeler, nicht dazu geeignet, den ländlichen Raum zu stärken. Gerade ländliche Kreise werden unter der Veränderung der Schullandschaft leiden, nicht zuletzt deshalb, weil durch die von der Landesregierung geforderte Zweizügigkeit der WRS schulische Partner im Überlebenskampf plötzlich zu Konkurrenten werden.

Nach Einführung der Werkrealschule alter Generation in der Mitte der neunziger Jahre boten fast alle Hauptschulen Zusatzunterricht ab Klasse acht an, um den Schülern einen mittleren Abschluss an dieser Schulart zu ermöglichen. Da die Schülerzahlen aufgrund der hohen unterrichtlichen Anforderungen nicht überall ausreichten, eine eigene zehnte Klasse zu bilden, kooperierten Hauptschulen miteinander, indem eine Schule die Zehntklässler der anderen Schule(n) in der Umgebung aufnahm. Dieses erfolgreiche partnerschaftliche Miteinander wird jetzt durch die angeordnete Einführung der Werkrealschule neuen Typs, die mindestens zweizügig sein muss, empfindlich gestört.

Während in Städten die Zahl der Hauptschulen in Städten einfach verringert wird, kämpfen ländliche Gemeinden um den Erhalt ihrer Schule als Kulturträger am Ort. Es ist für Gemeinderäte, die plötzlich bildungspolitische Entscheidungen treffen müssen, schon von Bedeutung, ob sie wegen der geforderten Zweizügigkeit die einzügige Hauptschule im Ort aufgeben oder die Hauptschüler der Nachbargemeinde mit aufnehmen und damit den Standort für die nächsten Jahre sichern. Da das Kultusministerium die Schließung von Schulen ausschließlich in die

Entscheidungskompetenz der Städte und Kommunen gelegt hat, müssen diese nun sehen, wie sie mit den ungleichen Rahmenbedingungen fertig werden. Wenn stabile einzügige Hauptschulen bestehen bleiben sollen, werden alle die ohne zehntes Schuljahr künftig massiv benachteiligt, da sie sich nicht mehr „Werkrealschule“ nennen dürfen, obwohl sie nach dem gleichen Bildungsplan unterrichten wie einzügige Hauptschulen mit zehnter Klasse, die Werkrealschule heißen.

Unklar, so Dr. Steppeler, bleibe auch, wie künftig die Sachkostenbeiträge, die das Land an die Kommunen zahlt, verteilt werden. „Es ist noch nicht an die Basis durchgedrungen, ob sich die Sachkostenbeiträge für Haupt- und Werkrealschulen unterscheiden und wie diese aufgeteilt werden. Anders als bei den Gymnasien wird es im WRS-Bereich mehr Außenstellen geben, das heißt, auch in den Kommunen, die offiziell nicht als Schulträger fungieren, fallen Kosten für Gebäudeunterhaltung an. Diese Regelungen sind genau so unklar wie die Verteilung der Finanzen, die künftig die Kreise belasten werden. Der FW-Kreisvorsitzende nennt als Beispiel den Schülertransport. Mit Sicherheit müsse das Angebot außerhalb der Rheinschiene deutlich erweitert werden, was den Kreishaushalt zusehends strapazieren wird. Die Freien Wähler als Anwälte des ländlichen Raumes seien aber hundertprozentige Verfechter des Konnexitätsprinzips. „Wenn das Land Maßnahmen umsetzt, die den Kreishaushalt belasten, dann haben auch ohne Abstriche Zuschüsse zu fließen, die die Mehrkosten auffangen.“

Die Freien Wähler erwarten vom Land, dass unverzüglich die Rahmenbedingungen für die Einrichtung der neuen WRS besser abgesteckt und an die Basis vermittelt werden.